



**Jens Spahn**

Parlamentarischer Staatssekretär

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Herrn Prof. Dr. Egon Jüttner  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
TEL +49 (0) 30 18 682-4283  
FAX +49 (0) 30 18 682-4497  
E-MAIL Jens.Spahn@bmf.bund.de  
DATUM 18. Juli 2017

BETREFF **Ihre schriftliche Frage Nr. 68 für den Monat Juli 2017**

GZ **II A 5 - AF 0101/17/10001**

DOK **2017/0620764**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Frage,

„In welcher Höhe und auf welcher rechtlichen Grundlage will die Bundesregierung die durch die Geschehnisse im Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg geschädigten Geschäftsleute und Personen entschädigen?“,

beantworte ich wie folgt:

Das Bundesministerium der Finanzen und die Freie und Hansestadt Hamburg haben unmittelbar nach dem G20-Gipfel mit den Arbeiten an einer Verwaltungsvereinbarung zur Entschädigung der Opfer der G20-Ausschreitungen in Hamburg begonnen. Der Bund wird sich zur Hälfte an den entstehenden Ausgaben beteiligen. Über den beabsichtigten Abschluss der Verwaltungsvereinbarung mit der Freien und Hansestadt Hamburg wird der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages kurzfristig unterrichtet.

Die (Mit-) Finanzierungskompetenz des Bundes wird auf die in der Staatspraxis anerkannte ungeschriebene Finanzierungskompetenz des Bundes aus der Natur der Sache unter dem Gesichtspunkt der gesamtstaatlichen Repräsentation gestützt. Bei dem G20-Gipfel handelt es sich um eine für die Repräsentation der Bundesrepublik Deutschland bedeutsame Veranstaltung des Bundes, die er gemeinsam mit der Freien und Hansestadt Hamburg ausgerichtet hat.

Mit freundlichen Grüßen